

Armutsbetroffene erhalten keine Stimme in der Sozialhilfekommission



Am 2. Februar 2017 wurde im Stadtrat von Bern die Motion «Vertretung direkt Betroffener in der Sozialhilfekommission» behandelt, die vor zweieinhalb Jahren (!) von Rolf Zbinden (Partei der Arbeit) eingereicht worden war. Der Vorstoss wollte im Reglement der Kommissionen eine Bestimmung hinzufügen, dass mindestens 3 VertreterInnen der direkt Betroffenen (d.h. der Armutsbetroffenen) in der Sozialhilfekommission vertreten sein müssen. In der Vergangenheit hatte die PdA schon mehrmals bei der Wahl der Sozialkommission genau dies verlangt, wurde aber jedes Mal mit dem Hinweis abgewiesen, dass es dafür eine Reglementsänderung bräuchte. Nun, hier war unser Vorschlag. Wie reagierte die Verwaltung darauf? Mit viel Widerstand. Das Problem sei das spezielle Rechtsverhältnis zwischen Armutsbetroffenen und Sozialdienst. Sie seien nämlich «verpflichtet, Weisungen des Sozialdiensts zu befolgen, welche der Vermeidung, der Behebung oder der Verminderung der Bedürftigkeit oder der Förderung von eigenverantwortlichem Handeln dienen». Es sei problematisch, dass Weisungsadressaten in einem Gremium Einsitz nähmen, welches die Arbeit der weisungsbefugten Stelle überwache.

Welche Fantasien treiben da die Verwaltung um? Was könnte passieren, wenn 3 von ca. 15 Kommissionsmitgliedern direkt Betroffene wären? Offenbar droht dadurch das Sozialhilfesystem in eine tiefe Krise zu geraten. Die Hierarchie zwischen Armutsbetroffenen und Sozialdienst würde durcheinandergeraten und schlussendlich würden die Armutsbetroffenen die Autorität des Sozialdienstes nicht mehr ernstnehmen und die Weisungen, wel-

che ihnen den richtigen Weg zum rechten Verhalten aufzeigen, nicht mehr befolgen. Niemand würde mehr seinen Weg aus der nichtexistierenden sozialen Hängematte finden. Die Menschen würden aufhören zu arbeiten und sich am Sozialstaat bereichern. Das Ganze würde ganz im Sinne von Mani Matters Zündhölzli eine Welle auslösen, welche schlussendlich den Staat und die Gesellschaft zusammenbrechen lassen. - Die Wahrheit wäre wohl (leider) viel unspektakulärer. Die Armutsbetroffenen in der Sozialhilfekommission würden mitarbeiten und Inputs geben und für Probleme innerhalb des Systems sensibilisieren. Im besten Fall würde das eine oder andere Beschäftigungsprogramm in Frage gestellt werden, oder die eine oder andere Weisung würde vielleicht noch ein zweites Mal geprüft.

Interessanter war dann die Reaktion der anderen «linken» Parteien, die die Idee zwar gut fanden, jedoch Probleme bei der Umsetzung sahen und baten, das Ganze in einen Prüfungsauftrag umzuwandeln. Da die Verwaltung ja ganz offensichtlich kein Interesse an einer Umsetzung hat, macht ein Prüfungsauftrag aber keinen Sinn und zeigt nur, dass auch SP und Grüne eigentlich gar nicht möchten, dass die Armutsbetroffenen bei der Sozialhilfe mitbestimmen. Und so wurde der Vorstoss schlussendlich mit 7 : 54 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, klar abgelehnt. Damit wird einmal mehr klar, dass sich das System nicht von innen reformieren lässt. Die Armutsbetroffenen müssen sich organisieren und das Zündhölzli selber entzünden. Die PdA hilft da gerne mit.

Daniel Egloff (PdA)

Die Stadt Bern soll eine Zufluchtsstadt werden und sich dem europäischen Netzwerk anschliessen!

An der Stadtratssitzung vom 2. Februar 2017 wurde das dringliche Postulat der Freien Fraktion, eingereicht von Daniel Egloff (PdA) und Mess Barry (parteilos), mit 49 zu 13 Stimmen angenommen!

Seit zwei Jahren dominiert die Migrationsthematik die Wahrnehmung vieler Menschen. Europa ist mit der grössten Fluchtbewegung seit dem zweiten Weltkrieg konfrontiert. Dabei stellt sich klar heraus, dass der Konkurrenzkampf zwischen den Ländern nun ihre dunkelste Seite zeigt und somit die Länder Europas keine solidarische Lösung finden. Im Gegenteil: Immer mehr Mittel werden eingesetzt um zu verhindern, dass Flüchtlinge überhaupt bis nach Europa bzw. ins Land kommen, oder um die Menschen wieder zurück in ein Nachbarland zu schaffen. Tausende von Menschen sterben auf dem Weg nach Europa. Auch die Schweiz hat in den letzten Jahren ihren Umgang mit Geflüchteten immer mehr verhärtert und in den letzten Monaten die Grenzkontrollen verschärft, so dass immer mehr Menschen ohne Asylverfahren über die nächste Grenze ausgeschafft werden. Auch ist die Schweiz das Land, welches am meisten Menschen nach Italien zurückschafft, obwohl bekannt ist, dass Italien mit der aktuellen Situation überfordert ist und dort viele Geflüchtete nicht angemessen versorgt werden und z.T. auf der Strasse leben.

Weil auf nationalstaatlicher Ebene keine Lösungen gefunden werden konnten bzw. die Staaten wie oben beschrieben mit Repression statt mit Menschlichkeit auf die Situation reagieren, haben sich einige Städte vor allem in Spanien (Barcelona, Madrid, Coruña, etc.), aber auch anderswo (Paris, Lesbos, Lampedusa) zusammengetan, um solidarisch nach Lösungen zu suchen und eine sichere Zuflucht zu bieten. In der Schweiz hat zuletzt Lausanne beschlossen, diesem Netzwerk beizutreten.

Auch in Bern hat das Thema die Menschen nicht unberührt gelassen. So engagieren sich hier viele Menschen in solidarischen Gruppen, um die Geflüchteten auf ihrem Weg zu unterstützen mit der Forderung nach sicherer Zuflucht. Und das Engagement der Bevölkerung zur Unterstützung von Geflüchteten z.B. bei der Asylunterkunft Zieglerhospital ist riesig, und häufig hat es mehr Freiwillige, als es Arbeit hat, so dass lange Wartelisten geführt werden.

Im Stadtrat wurden in der letzten Zeit schon einige Vorstösse zum Thema Geflüchtete eingereicht und alle, die behandelt wurden, wurden auch angenommen. Z.B. hat die Stadt Bern sich entschieden, 350 Geflüchtete direkt aufzunehmen. Der vorliegende Vorstoss soll auch die Möglichkeit bieten, die bisherigen Vorstösse in einen konzeptuellen Rahmen zu giessen, wie dies z.B. Barcelona getan hat.

Bern, als offene, tolerante und solidarische Stadt, sollte Mut zeigen und sich gegen die nationalistische Tendenz in Europa stellen und den andern fortschrittlichen Städten folgen und folgende Massnahmen ergreifen, wie es die Stadt Lausanne schon anfangs dieses Jahres entschieden hat:

- Die Stadt Bern erklärt sich zur "Zufluchtsstadt" und schliesst sich dem Netzwerk in Europa an, welches durch die Städte Madrid und Barcelona gegründet wurde;

- Sie nimmt direkt mit dem Staatssekretariat für Migration Kontakt auf, um zu erklären, dass die Stadt Bern bereit ist, mindestens 1500 Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen, Geflüchtete, welche an der Tür zu Europa auf Zuflucht warten. Dafür eröffnet die Stadt Bern weitere Unterkünfte unter ihrer Aufsicht bzw. organisiert die Unterbringung von Geflüchteten bei Privatpersonen, welche sich dazu bereit erklären;

- Sie trifft alle erforderlichen Massnahmen für einen angemessene Unterstützung für die Geflüchtete (Versorgung und Unterbringung, Sprachkurse, etc) und dies mit der aktiven Unterstützung der Stadt Berner Bevölkerung;

- Sie erklärt, dass angesichts der aktuellen Migrationskrise und der sich daraus ergebenden humanitären Notsituationen, die lokalen Behörden ihre

Unterstützung bei der Durchführung von Ausschaffungsverfahren von MigrantInnen und auch sonstigen Zwangsmassnahmen gegen MigrantInnen im Gebiet der Stadt verweigern.

Begründung der Dringlichkeit: Jeder Tag, der verstreicht ohne dass reagiert wird, kostet Menschenleben. Dieser Vorstoss kann nicht ein bis zwei Jahre warten, bis er behandelt wird.

Auf der Zuschauertribüne wollte Mess Barry mit seinem Handy die Debatte filmen zu diesem Postulat, welches er im November 2016 miteingereicht hatte. Er wurde von der Tribüne weggewiesen – gestützt auf einen Artikel im Ratsreglement aus den 1960er Jahren. Dieser Artikel richtete sich aber an Medienschaffende, die mit den damals grossen Kameras operierten, nicht an ZuschauerInnen auf der Tribüne mit den heutigen kleinen Handys... Der freisinnige Stadtratspräsident vermag offenbar nicht über den Buchstaben des Reglements hinauszudenken, und er zieht es wohl auch vor, wenn die Stadtratsdebatten abgeschottet von der Öffentlichkeit stattfinden.

Gegen "die unternehmerische Freiheit" der Post!

Wortmeldung von Daniel Egloff (PdA) an der Stadtratsitzung vom 16. Februar 2017, zur Begründung einer gemeinsam mit SP, GB/JA! und BDP/CVP eingereichten dringlichen interfraktionellen Motion: Nein zu weiteren Poststellenschliessungen – nein zum Abbau des Service public

Letztes Jahr hat sich wieder einmal ein Klassiker ereignet: Eine Initiative, welche ein tatsächliches Problem und einen Weg zu dessen Behebung aufzeigte, wurde abgelehnt, weil mit Angst und Halbwahrheiten gearbeitet wurde und vor allem, weil wichtige Informationen vorenthalten wurden. Kaum ist aber die Volksabstimmung über die ProServicePublic-Initiative vorbei, wird überall im

Service Public abgebaut. 600 Poststellen werden geschlossen, und bei der Post verschwinden Hunderte von Arbeitsplätzen. Gleiches bei der SBB: Dort sollen 1400 Stellen gestrichen werden. Bei der Swisscom sollen insgesamt 1000 Stellen eingespart werden und dies trotz eines Gewinnes von 1.6 Milliarden Franken. Wären diese Zahlen vor der Abstimmung bekannt gewesen, dann hätten sich sicherlich viele Stimmberechtigte anders entschieden!

Seit Jahren werden die Staatsunternehmen immer mehr abgebaut. Nicht der Dienst fürs Volk steht im Zentrum, sondern der Gewinn. Die Idee dahinter kennen wir aus anderen Ländern, und sie wird auch bei uns zusehends offen diskutiert: Post, Swisscom und SBB sollen profitorientierte Unternehmen sein, welche als attraktive Renditeobjekte privatisiert werden können. Die Konsequenzen für die Bevölkerung entgegen allen Versprechungen? Häufig steigende Kosten bei schlechteren Dienstleistungen. Die Konsequenzen für die Angestellten? Schlechtere Arbeitsbedingungen. Dass diese Ideologie alles durchdrungen hat, wird auch im Vortrag des Gemeinderates sichtbar, wo mehrmals "die unternehmerische Freiheit" der Post betont wird. Und hier sind wir nicht gleicher Meinung. Als öffentliches Unternehmen hat die Post einen politischen Auftrag, welchen die Bevölkerung zu bestimmen hat. Die Post hat nicht möglichst schlank zu sein und hat nicht möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften, sondern hat der gesamten Bevölkerung gute Leistungen zu erbringen, nicht als Partnerin sondern als Eigentum der Bevölkerung.

Umso mehr wehren wir uns gegen die Teilprivatisierung von Postdienstleistungen in sogenannten Agenturen. Die Erfahrungen mit solchen Agenturen zeigen, dass der einzige Vorteil für die Bevölkerung die längeren Öffnungszeiten sind, die Dienstleistungsqualität jedoch insgesamt abnimmt. Postdienstleistungen sind nun mal nicht die Kernkompetenz der Verkäufer und Verkäuferinnen im Quartierladen. Die anderen im Vortrag des Gemeinderates aufgelisteten "Vorteile" sind ohnehin nur "Vorteile" im Vergleich zu gar keiner Post mehr im Quartier bzw. im Dorf. Daher ist es wichtig, nicht möglichst viele Postagenturen in der Stadt zu haben, sondern es braucht eine flächendeckende Versorgung mit richtigen Poststellen mit entsprechend ausgebildeten Postangestellten. Dabei sollte

**DIE RECHTEN
KOMMEN UND GEHEN**

WIR

BLEIBEN

18.03

2017

BERN

NAZIFREIE

ZONE!

BUNT

STATT

BRAUN

KEINE

RECHTE

HATZ

AUF

DEM

NEIN ZU

RASSISMUS

BUNDES

PLATZ!

der Gemeinderat unsere Stadt nicht in einem Wettbewerb mit den anderen Gemeinden sehen - so im Sinne: wer erhält noch ein paar Resten vom zerschlagenen Poststellennetz? Vielmehr muss die Stadt Bern gemeinsam mit den anderen Gemeinden für ein gut ausgebautes Poststellennetz kämpfen!

PDA BIEL: NEIN ZUM WESTAST

Pharaonisches Projekt im gentrifizierten Raum

Die gigantische und teure A5-Westast-Umfahrung soll Biel und Nidau zwischen Stadt und See verschandeln und alibimässig mit Grünzonen und Langsamverkehr umgeben werden. Die Begleitplanung will eine schlimme Bausünde und eine zügige Gentrifizierung der Stadt verschleiern.

Mehrwertabschöpfung durch Verdichtung, einmalige Chance für eine städtebauliche Aufwertung und Durchmischung, Abschöpfen von Geldern von Kanton und Bund für die Begleitmassnahmen A5-Westast in Nidau und Biel: Erich Fehr, SP-Stadtpräsident von Biel, liebt es, sein Credo selbstbewusst zu verbreiten. Kommt dann als Einwand, der Westast sei ein unverhältnismässiges, pharaonisches Bauwerk im Geist des wirtschaftlichen Aufbruchs nach dem Zweiten Weltkrieg, kann er ungehalten bis autoritär reagieren und sagen, die Autobahn sei unter dem Boden, das sei ein anderes Projekt und die einzige Lösung, angepackt werden müsse jetzt die Begleitplanung.

Verharmlost und verniedlicht

Diese Planung, jetzt während der Mitwirkungsfrist in einer Ausstellung in der ehemaligen Buchhandlung Lüthi in Biel zu besichtigen, entwirft ein idyllisches Bild der Zukunft des Nidauer Weidteile-Quartiers, der jetzigen leistungsfähigen zweispurigen Nationalstrasse, der Bernstrasse, und der Bieler Seedorf: Viele Bäume und Erholungsräume, Langsamverkehr, Velos, Fussgänger, grüne Verbindung von Stadt und See, von Biel und Nidau

... Auf den farbigen Skizzen und den beiden Reliefs in der Ausstellung sieht das auch ganz schön aus. Aber verharmlost, verniedlicht, farb- und fast konturlos an den Rand gedrängt ist das, was vom A5-Westast oberirdisch zu sehen ist: Zwischen Biel und Nidau ein immenser vierspuriger Autobahnanschluss und in Biel zwei riesige Löcher, unter denen die Autobahn verläuft - Lärm und Abgase grüssen das eingebildete Paradies.

Opfer für den Mobilitätsgott

Das eine Autobahnloch beim Bahnhof „Bienne Centre“ ist alles andere als niedlich und harmlos: 14 Meter tief und so gross wie die Altstadt von Nidau. Einklemmt zwischen Naherholungsgebiet Strandboden und Naturschutzgebiet Felseck klafft ein weiteres riesiges Loch, das mit einer Brücke und Bäumen kaschiert werden und die Stadt und den See verbinden soll. Für die Begleitplanung sollen auf dem Strandboden 200 Bäume gefällt werden, ein Teil des Felseck soll dem Loch zum Opfer fallen. Für den A5-Westast werden siebzig Häuser abgerissen und dem Mobilitätsgott geopfert werden. 2,2 Milliarden sind für das megalomane Bauwerk budgetiert, die schweizweit teuersten 6,7 Autobahn-Kilometer mit zwei Anschlüssen sind projektiert; drei Anschlüsse hat bereits der fast fertiggestellte A5-Ostast. Von den A5-Tunnels in der Grenchener Witi wissen wir, wie teuer es ist, neben einem Gewässer im Grundwasser zu bauen und die Abdichtung dann auch über die Jahrzehnte zu unterhalten. Dazu kommt noch teilweise felsiger Grund.

Angst und Auto-Freiheit

Die Befürworter dieses Verhältnisblödsinns behaupten fantastische Zunahmequoten für den Strassenverkehr, natürlich bei gleichzeitiger Schwächung des ÖV. Mit dem kürzlich an der Urne angenommenen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehr-Fonds NAF, der über massiv mehr Mittel verfügt als der Bahnfonds Fabi, können solche Szenarien Realität werden.

Natürlich geht es auch ganz klar um Gentrifizierung. Der obere Mittelstand in Evillard, Vinelz oder in der zukünftigen exklusiven, grün angehauchten Agglolac-Überbauung auf dem ehemaligen Artepilage-Gelände will mit dem Schlitten vom privaten Parkhaus reibungslos vierspurig in die Stadt und ins Shoppi auf der grünen Wiese gondeln. Auch



viele Auto fahrende „kleine Leute“, denen Angst vor Staus gemacht wird und die mit der Auto-Freiheit gegängelt werden, sind einverstanden mit dem Ausbau von Umfahrungen und Autobahnen.

Weitere jetzt stark befahrene Achsen wie Bözingenstrasse-Kanalgasse-Seevorstadt oder Madretsch-strasse-Mettstrasse werden – im faktenfreien Neusprech der neoliberalen Städteaufmischer «aufgewertet» und «durchmischt». «Selbstzahler» sollen in die aufgemotzten und verkehrsberuhigten Stadtquartiere ziehen und die vielen, die die exorbitanten Mieten nicht mehr bezahlen können, in Aussenquartiere oder Landgemeinden verdrängen.

VCS macht Einsprache

Eine Abstimmung über den Westast gibt es nicht, es ist nur möglich, der Strassenlobby den Geldhahn mit einem Nein zum NAF etwas zuzudrehen. Rekursmöglichkeiten gibt es nur für handverlesene Private und Organisationen sowie ein unverbindliches Mitwirkungsverfahren. Der VCS Biel bereitet eine Einsprache vor, die er wenn nötig bis zum Bundesgericht weiterziehen will, um Zeit zu gewinnen. Weit über tausend BürgerInnen sind Mitglied beim Komitee Westast so nicht (Wasn) und eine Gruppe engagiert sich aktiv dagegen, die PdA Biel/PoP Bienne ist als einzige Partei strikt dagegen und will die Förderung von Verkehrszunahme, Betonierung und Gentrifizierung nicht hinnehmen. Während Gentrifizierer Erich Fehr bis zum Baubeginn 2020 auf Einsicht bei der Bevölkerung in seine monströsen Pläne hofft, hoffen Wasn, PdA und VCS, dass mit der Zeit die Erkenntnis wächst, dass es so nicht geht.

Damian Bugmann, Vorwärts Nr. 3/4.17

19. Weltfestspiele

AUFRUF ZUR TEILNAHME 19. WELTFESTSPIELE DER JUGEND UND STUDIERENDEN

Vom 14. bis 22. Oktober werden in Sotchi in Russland die 19. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden stattfinden. Wir möchten alle Interessierten dazu aufrufen, eine Delegation aus der Schweiz zu bilden und gemeinsam am Festival teilzunehmen.

Das Festival ist einerseits dem 100. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution, andererseits den ersten Weltfestspielen gewidmet. 2017 jährt sich nämlich auch zum 70. Mal die Austragung des ersten internationalen Jugendfestivals, das 1947 in Prag stattfand. Damals kamen 17'000 Delegierte aus 72 Ländern unter der Losung «Jugend, vereinige dich für dauerhaften Frieden» zusammen. Seither fanden 17 weitere Festivals statt. Die letzten Weltfestspiele fanden 2010 in Pretoria (Südafrika) und 2013 in Quito (Ecuador) statt.

Das Festival soll zudem eine Reaktion auf die Verschärfung der Krise des Kapitalismus, auf die Ausweitung der Kriege überall auf der Welt sowie auf den gegenwärtigen Aufschwung des Faschismus darstellen. Seit 1947 sind die Weltfestspiele ein grosses Treffen der antiimperialistischen und demokratischen Jugend der Welt. Hier treffen sich junge Kommunistinnen und Kommunisten, Linke, GewerkschafterInnen und Aktive von nationalen Befreiungsbewegungen, um sich über die Kämpfe in ihren Ländern auszutauschen und um miteinander zu feiern, um gegen den Imperialismus zu demonstrieren und um Kraft und Selbstvertrauen mit nach Hause zu bringen.

Wir würden die Weltfestspiele gerne auch als Gelegenheit nutzen, um das Land der Oktoberrevolution kennenzulernen, und möchten eine Rundreise an die historischen Stätten des Sozialismus organisieren. Alle interessierten Personen und Organisationen mögen sich bitte melden, damit wir die Vorbereitung einer Schweizer Delegation planen können:

info@kommunistischejugend.ch

Focus on the Living

Über 5000 Menschen sind 2016 während ihrer Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Seit die europäischen Regierungen zusammen mit der Türkei die Routen in der Ägäis quasi geschlossen haben, sind viele Flüchtende auf die gefährlichere Überfahrt von Libyen nach Italien ausgewichen. Zum Vergleich: Die Passage von der türkischen Küste zur griechischen Insel Lesbos dauert je nach Wind und Wetter um die zwei Stunden, jene von Libyen nach Lampedusa mehrere Tage. Als ich Anfang Januar dieses Jahres von dieser hohen Zahl ertrunkener Menschen erfuhr, war ich traurig, aber nicht überrascht.

Im Herbst 2015 war ich drei Monate auf Lesbos. In einem Transitcamp an der Nordküste habe ich mitgeholfen, die Notversorgung für die Menschen, die die Überfahrt überstanden hatten, zu gewährleisten. Viele von ihnen hatten kürzlich Familienangehörige verloren – auf dem Weg nach Europa oder vorher, im Krieg in ihren Ländern. Als ich zum ersten Mal von dem europäischen Deal mit der Türkei hörte, befürchtete ich bereits, dass jetzt zahlreiche Menschen nach Libyen reisen würden, um dort eines der völlig überfüllten Boot zu besteigen.

5000 ertrunkene Menschen also. Das sind 5000 Väter, Mütter, Söhne, Töchter, Kinder – 5000 Geschichten. In vielen europäischen Medien werden sie als anonyme Masse behandelt – sofern sie denn überhaupt noch Erwähnung finden. Es sind aber 5000 Menschen, die alle irgendwo von irgendwem vermisst und betrauert werden.

Nachdem ich auf Lesbos zum ersten Mal direkt mit dem Tod konfrontiert wurde, hat mir eine erfahrene Helferin geraten: „Judith, focus on the living!“ Ohne ihren hätte ich die drei Monate im Chaos wohl nicht überstanden. Aber ich stumpfte auch ab. Ich habe mich daran gewöhnt, dass täglich Kinder weiss im Gesicht und durchfroren aus Gummibooten geholt werden. Dass Menschen in eisiger Kälte draussen schlafen müssen. Dass wir nicht genug Decken für alle haben.

Zurück in der Schweiz habe ich langsam meine Empörung wieder gefunden. Eine Empörung, die für den Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit essentiell

ist. So muss die humanitäre Hilfe Freiwilliger für Menschen auf der Flucht mit einer fundamentalen Kritik am kapitalistischen System einhergehen. Es ist ein System, das die Ungleichheit der Menschen fördert, die Armut überall auf der Welt, die Umweltverschmutzung, den Krieg. Um unseren Wohlstand zu sichern, werden Rüstungsgüter verkauft und korrupte Regierungen finanziell dabei unterstützt, die Festung Europa abzuriegeln. Nun sollen, wie kürzlich auf Malta beschlossen wurde, die Menschen auch in Nordafrika zurückgehalten werden. Dies, obschon bekannt ist, dass zum Beispiel in den libyschen Lagern massivste Menschenrechtsverletzungen Alltag sind.

Dies sind also unsere hochgelobten europäischen Werte. Wir leben in einer Gesellschaft, die Menschen systematisch klassiert, diskriminiert und diffamiert. Rassismus in seiner reinsten Form ist wieder salonfähig – nicht nur in den USA.

Vor kurzem war ich in Biel mit zwei geflüchteten Männern aus dem Mittleren Osten unterwegs. Wir hörten Musik aus ihrem Land. Ob sie ihre Heimat sehr vermissen, habe ich sie gefragt. Sie schauten mich mit traurig leuchtenden Augen an: „Natürlich, was denkst du denn! Die Strassen, der Duft der Gewürze, die Familie.“ Sie sind nicht freiwillig in die Schweiz gekommen – sie hatten keine andere Wahl. Natürlich möchte ich, dass sie hier bleiben können. Aber mein Hauptziel ist, dass sie, dass alle Menschen dort leben können, wo sie möchten – und zwar in Sicherheit. Dafür müssen wir kämpfen!

Judith Schmid, Stadträtin PdA Biel, Vorwärts Nr. 5/6.17

Impressum:

PdA Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / mail@pdabern.ch
Kontonummer 30-26786-9